

4. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungsort: Kreishaus Aurich, Sitzungssaal 1.106, Fischteichweg 7-13, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 11.09.2012	Sitzungsbeginn: 15:06 Uhr	Sitzungsende: 17:27 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Pickel, Sascha	SPD	
Mitglieder		
Beekhuis, Jochen	SPD	Vertretung für Frau Christel Lüppen
Behrends, Kuno	SPD	
Bontjer, Johann	CDU	Vertretung für Herrn Roelf Odens
Bruns, Christof		
Carow, Johanne	FW	
Eilers, Stefan		Vertretung für Herrn Florian Eiben
Frerichs, Theo	CDU	
Hülsebus, Dieter		
Meyerholz, Hans-Gerd	GFA	
Molitor, Tim		
Pansegrau, Ute		
Saathoff, Anneliese	GRÜNE	Vertretung für Herrn Carsten Kliegelhöfer
Grundmandat		
Roß, Jan	DIE LINKE	
Beratende Mitglieder		
Hohensee, Maren		Richterin des Jugendgerichts
Homann, Jürgen		Kreisjugendpfleger
Imhoff, Karin		Jugendschutzbeauftragte Polizei Aurich
Kostka, Anja		Vertreterin der ev. Kirche Vertretung für Herrn Klaas Grensemann

Puchert, Dr. Frank	Erster Kreisrat
Störiko, Andrea Dr.	Jugendärztlicher Dienst des Gesundheitsamtes
Tobiassen, Bernd	Interessenvertreter ausländische Kinder u. Jugendliche
Wunsch, Jutta	Leiterin des Fachamtes
Verwaltung	
Buss, Thomas	Protokollführer

Nicht anwesend:**Mitglieder**

Biller, Anita	SPD
Eiben, Florian	
Horst, Regina	Vertretung für Herrn Klaus Rinschede
Kliegelhöfer, Carsten	GRÜNE
Lüppen, Christel	SPD
Odens, Roelf	CDU
Rinschede, Klaus	

Beratende Mitglieder

Ewen, Christian	Vertreter des Jobcenters
Grensemann, Klaas	Vertreter der ev. Kirche
Grensemann, Monika	Erzieherin aus dem Kita-Bereich
Hillen, Anette	Lehrkraft, die von der unteren Schulbehörde ernannt wird
Holle, Stefanie	Vertreterin der kath. Kirche
Jelden, Frauke	Gleichstellungsbeauftragte Landkreis Aurich

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | |
|----|--|
| 1. | Eröffnung der Sitzung |
| 2. | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit |
| 3. | Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 21.06.2012 |
| 4. | Berichterstattung über die Entwicklung der Kindertagespflege im Landkreis Aurich |
| 5. | Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Kindertagespflege
Vorlage: VIII/2012/192 |
| 6. | Bericht über die Budgetentwicklung des Amtes für Kinder, Jugend und Fami- |

	lie
7.	Beschlussfassung über die Beteiligung des Landkreises Aurich am geplanten Familienzentrum der Stadt Aurich Vorlage: VIII/2012/193
8.	Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes: Qualitätsmanagement und institutionelle Fachberatung im Rahmen des § 8a SGB VIII Vorlage: VIII/2012/194
9.	Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
10.	Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der **Vorsitzende** eröffnete um 15:06 Uhr die 4. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und begrüßte die anwesenden Ausschussmitglieder, die Pressevertreter sowie die Zuhörer.

Im Anschluss wurde der in Jugendhilfeausschuss als beratendes Mitglied für die Aufgaben des Kinderschutzes gewählte **Dietmar Kluin** vom **Vorsitzenden** mit dem Wunsch auf gute Zusammenarbeit per Handschlag entsprechend der Belehrung nach § 43 NkomVG für die Mitarbeit im Gremium verpflichtet.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende** stellte fest, dass die Mitglieder des Gremiums ordnungsgemäß eingeladen wurden und der Ausschuss beschlussfähig ist.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 21.06.2012

Der Jugendhilfeausschuss beschloss einstimmig, die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 21.06.2012 zu genehmigen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ einstimmig beschlossen



TOP 4 Berichterstattung über die Entwicklung der Kindertagespflege im Landkreis Aurich

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird der Tagesordnungspunkt 4 mit dem Tagesordnungspunkt 5 zusammengelegt.

TOP 5 Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Kindertagespflege
Vorlage: VIII/2012/192

Unter Einbeziehung des Tagesordnungspunktes 4 stellte **KA Buss** anhand der dem Protokoll als Kopie beigefügten Powerpoint-Präsentation die Entwicklung der Fallzahlen in der Kindertagespflege sowie entsprechend der Sitzungsvorlage die notwendigen Änderungen an der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen vor.

Die Frage von **Abgeordneten Roß** hinsichtlich der Steuerpflicht der Einnahmen in der Kindertagespflege wird von **EKR Dr. Puchert** bejaht.

Abgeordneter Meyerholz empfand die durch die Änderung der Satzung definierten Begrifflichkeiten als komplex und erkundigte sich nach den Änderungen, die im Jahr 2013 auf den Bereich der Tagespflege zukämen.

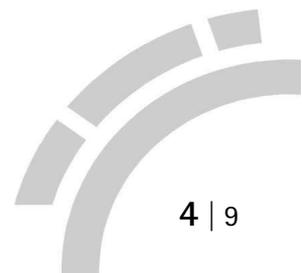
Neben dem Hinweis von **EKR Dr. Puchert**, dass bei der Formulierung von Satzungen generell eine Gradwanderung zwischen einer möglichst genauen Definition einzelner Tatbestände und einer einfachen Form der Lesbarkeit zu vollziehen sei, prognostizierte **Diplom Soz.-Päd. Homann** für das Jahr 2013 eine weitere Steigerung der Fallzahlen in der Kindertagespflege.

Die Unterbringung in der Tagespflege werde demnach von den Eltern mittlerweile als relativ normal betrachtet. Dies spiegele sich in einer hohen Akzeptanz in der Unterbringungsform wider, die in den letzten Jahren insbesondere durch die Steigerung des Anteils der Kinder bis drei Jahren auf 53 % abzulesen sei.

Auf weitergehende Nachfrage von **Abgeordneten Meyerholz** berichtete **Diplom Soz.-Päd. Homann** weiter, dass derzeit 389 Krippenplätze geschaffen worden seien, 306 Kinder unter drei Jahren seien in der Kindertagespflege untergebracht. Seitens der Kommunen wurden bislang 254 Krippenplätze gemeldet, die mit einer entsprechenden Landesförderung belegt seien. Ca. 100 Krippenplätze seien derzeit noch mit Fördermitteln belegt.

In Beantwortung der Frage von **Herrn Hülsebus** hinsichtlich der Betreuungssituation in der Tagespflege auf den Inseln entgegnete **Diplom Soz.-Päd. Homann**, dass es auf den Inseln kaum Tagesmütter zu finden seien und sich demnach die Bedarfsdeckung schwierig gestalte. Für den etwaigen Neubau einer Krippe habe man die bauliche Situation der Kindertagesstätte auf Juist in Augenschein genommen. In diesem Zusammenhang werde seitens der Gemeinde ein Neubau ins Auge gefasst, der aktuelle Planungsstand sei jedoch unbekannt.

Hinsichtlich der Realisierung des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung auf den Inseln berichtet **Diplom Soz.-Päd. Homann** auf Nachfrage von **Abgeordneten Saathoff**, dass



bislang individuelle Regelungen im Rahmen der Tagespflege gefunden werden konnten. Ein Rechtsstreit musste aus diesem Grund noch nicht geführt werden.

Im Nachgang zu dem Eingangs gehaltenen Vortrag erläuterte **KA Buss** auf Bitten von **Herrn Kluin** die Abstufung der Zahlungen an Tagesmütter vor dem Hintergrund der (Nicht-) Ableistung eines Qualifizierungskurses. In diesem Zusammenhang ergänzte **EKR Dr. Puchert**, aus Aspekten der Qualität und Transparenz auch für den Bereich der Tagespflege über die Einführung eines Gütesiegels nachgedacht werde.

KOAR Wunsch unterstrich, dass grundsätzlich nur qualifizierte Tagespflegepersonen für die Kinderbetreuung eingesetzt würden. Der Einsatz von nicht ausreichend qualifizierten Tagespflegepersonen sei einzelfallabhängig nur für eine kurze Übergangszeit möglich. Auf Nachfrage von **Abgeordneter Saathoff** ergänzte **KOAR Wunsch**, dass der Qualifizierungskurs unter Federführung des Amtes für Kinder, Jugend und Familie angeboten werde, jedoch von den Tagespflegepersonen selbst zu finanzieren sei.

Diplom Soz.-Päd. Homann wies zum Abschluss darauf hin, dass in einer der nächsten Sitzungen der neue Kindertagesstättenbedarfsplan mit detaillierten Informationen zur Betreuungssituation im Landkreis Aurich vorgestellt werde.

Die Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Kindertagespflege vom 16.04.2012 wird entsprechend dem als Anlage beigefügten Entwurf abgeändert.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ einstimmig beschlossen

TOP 6 Bericht über die Budgetentwicklung des Amtes für Kinder, Jugend und Familie

KA Janssen stellte anhand der dem Protokoll beigefügten Präsentation die Entwicklung des Budgets des Amtes für Kinder, Jugend und Familie vor und wies auf signifikante Budgetüberschreitungen und Unterschreitungen hin.

Abgeordneter Beekhuis bat um eine detaillierte Erläuterung der Zahlen und regte an, diesbezüglich die Leiter der einzelnen Regionalteams zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses einzuladen. Die Anregung wurde vom **Vorsitzenden** und den **übrigen Ausschussmitgliedern** begrüßt.

Auf Nachfrage von **Abgeordneten Meyerholz** erläuterte **KA Janssen** die Modalitäten zur Hochrechnung der Ausgaben auf das voraussichtliche Jahresergebnis sowie den Betreuungsschlüsse und die Kalkulationsgrundlage für Heimunterbringungen bzw. der Unterbringung in Mutter-Kind-Einrichtungen.

Abgeordnete Saathoff vielen die aufgezeigten Einsparungen im Regionalteam Mitte ins Augenmerk und erkundigte sich nach den Hintergründen. Desweiteren stellte sie die Frage, inwieweit die Sozialarbeiter in den Regionalteams von der Belastung her in der Lage seien, präventiv zu arbeiten. Zur Beantwortung der Fragen verwies **der Vorsitzende** auf die Einladung und die Erläuterungen seitens der Regionalteamleiter in der nächsten Ausschusssitzung.

In Bezug auf die Fragen von **Herrn Molitor** und **Abgeordneten Frerichs** wies **KOAR Wunsch** auf die Relationen zwischen Größe, Mindestpersonalbesetzung und Budgethöhe der einzelnen Regionalteams hin. Da eine effiziente Aufgabenerledigung unmittelbar mit der Personalstärke zusammenhänge, sei die Mindestbesetzung der Regionalteams auf den Prüfstand zu stellen.

Zur Weiterführung der Diskussion bat der **Vorsitzende** die Verwaltung, zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses die Leiter der Regionalteams einzuladen.

TOP 7 **Beschlussfassung über die Beteiligung des Landkreises Aurich am geplanten Familienzentrum der Stadt Aurich**
Vorlage: VIII/2012/193

KOAR Wunsch und **Diplom Soz.-Päd. Homann** erläuterten den durch die Vorlage ausgeführten Grundsatzbeschluss anhand der dem Protokoll beigefügten Powerpoint-Präsentation.

EKR Dr. Puchert wies darauf hin, dass der Landkreis Aurich für die Beteiligung des Amtes für Kinder, Jugend und Familie am geplanten Familienzentrum im Lenkungskreis der Stadt Aurich eintreten musste. In diesem Zusammenhang sei nochmals der Imagewechsel des Fachamtes einhergehend mit dem Beschluss zur Dezentralisierung ins Gedächtnis zu rufen. Im Gegensatz zu den elegant-kostenfreundlichen Wegen der Immobilienbeschaffung in Großefehn und Pewsum sei die Situation im Bereich der Stadt Aurich mangels geeigneter Vor-Ort-Struktur anders. Hier sei daher grundsätzlich mit einem höheren Kostenvolumen zu rechnen, wobei die Stadt Aurich die Aufwendungen für die Beteiligung am Familienzentrum mit 1,2 Millionen EUR beziffere.

Weitergehende Gespräche seien mit der Stadt Aurich noch nicht geführt worden. Die Beschlussfassung sei daher als grundsätzliches Interesse des Landkreises Aurich auszulegen, sich an dem Familienzentrum zu beteiligen. Eine abschließende Entscheidungsreife sei deshalb noch nicht gegeben. Vielmehr benötige man nunmehr den Auftrag, mit der Stadt Aurich die finanziellen Modalitäten auf dem Wege der Verhandlung zu konkretisieren. Diese würden in einer gesonderten Beschlussfassung münden.

Abgeordneter Bontjer bedankte sich für die detaillierte Erklärung, stand der Beschlussfassung jedoch ablehnend gegenüber. Die Kosten für die Beteiligung des Landkreises Aurich am geplanten Familienzentrum seien angesichts der Haushaltslage nicht finanzierbar. Die Beschlussfassung berge zudem die Gefahr Wünsche zu wecken, die in der Folge zwangsläufig zu bedienen seien. Auch die aus seiner Sicht bestehende Schieflage in der Konzeption hinsichtlich der Einbindung bzw. Schwächung der Auricher Ortsteile sowie das Defizit der Ubbo-Emmius-Klinik sprächen gegen die vorgeschlagene Beschlussfassung. Zumindest seien erst die Folgekosten zu klären. Dies nicht zuletzt auch, um die Bevölkerung nicht zusätzlich in Aufruhr zu versetzen.

Da die finanziellen Rahmenbedingungen nicht geklärt seien beantragte **Abgeordneter Bontjer** unter Bezugnahme auf seine Ausführungen, die Beschlussfassung zurückzustellen.

Abgeordneter Beekhuis zeigte Verständnis wies jedoch gleichzeitig darauf hin, dass nicht zur wegen des Grundsatzbeschlusses zur Umstrukturierung sondern allein schon

wegen der Platzmangels Handlungsbedarf hinsichtlich einer Ausgliederung des Regionalteams Mitte gegeben sei. Der Grundsatzbeschluss zur Verlagerung des Teams sei daher zwangsläufig notwendig, die finanziellen Aspekte im Anschluss mit der Stadt Aurich auszuhandeln.

Abgeordneter Behrens zeigte keinerlei Verständnis für die Haltung der CDU-Fraktion. Mit dem Beschlussvorschlag sei keine abschließende Beschlussfassung verbunden. Es gehe lediglich darum, eine Grundlage für die Aufnahme von Verhandlungen mit der Stadt Aurich zu schaffen. **Herr Molitor** schloss sich dieser Auffassung an und bewertete die Verlagerung des Regionalteams in das Familienzentrum als sehr sinnvoll.

Auch aus Sicht von **Abgeordnete Saathoff** dürfe die Haushaltslage nicht außer acht gelassen werden. Mit Blick auf die erfolgreiche Dezentralisierung der Regionalteams Süd und West sei jedoch festzustellen, dass sich die Situation in Aurich jedoch grundlegend anders darstelle.

KOAR Wunsch erinnerte an den Grundgedanken der Sozialraumorientierung. Ziel sei es, in der Lebenswelt der Familien aufzutreten und niedrigschwellig Beratungs- und Hilfsangebote zu etablieren. Da die Lebenswelt junger Familien in der Regel in der Nähe von Krippen oder Kindertageseinrichtungen verortet ist, gehe die Verlagerung des Regionalteams in das Familienzentrum der Stadt Aurich mit diesen Anforderungen idealtypisch konform. Gute Erfahrungen konnten bereits im Rahmen der Partizipation von Krippe und Regionalteam in Großefehn gemacht werden.

EKR Dr. Puchert präziserte die Diskussion hinsichtlich einer Reflektion 2008 vom Kreistag durch die Umstrukturierung beschlossenen Leitbildes der Sozialraumorientierung und Dezentralisierung. Es gehe daher nicht nur um eine Immobilie, sondern um die Frage, ob die Politik weiterhin bereit ist, den beschlossenen Weg mitzugehen.

Abgeordneter Meyerholz hielt aus fachlicher und sachlicher Sicht demgegenüber nicht für erforderlich, die getroffenen Beschlüsse zur Sozialraumorientierung in Frage zu stellen, äußerte dennoch seinen Respekt ob der genannten Investitionssummen. Daneben sei aber nicht zu verkennen, dass das bislang vorgenommene Invest in Personalkosten ins Leere gehen würde, wenn die Plattform für gutes Arbeiten in Form geeigneter Räumlichkeiten nicht gegeben sei. Insofern würde man eine Chance vergeben, wenn man die Gelegenheit zur Beteiligung am Familienzentrum nicht nutzen würde. **Frau Kostka** schloss sich den Ausführungen an.

Unter Hinweis auf die Komplexität der Aufgabenstellung für das Fachamt in der Stadt Aurich weisen **EKR Dr. Puchert** und **Diplom Soz.-Päd. Homann** darauf hin, dass es für den Landkreis Aurich günstiger sei, sich in den Gesamtkomplex des Familienzentrums einzubringen. Die Kombination zwischen Familienzentrum und Fachamt habe zudem Modellcharakter und werde aufgrund dessen evtl. durch Bund und Land gefördert.

Abgeordneter Beekhuis verlässt um 16:45 Uhr die Sitzung.

Abgeordnete Carow schloss sich den Ausführungen von **Abgeordneten Meyerholz** an, hielt mit Blick auf die Haushaltslage jedoch eine genaue Aufstellung der zu erwartenden Kosten jedoch für unabdingbar. In diesem Zusammenhang unterstrich **EKR Dr. Puchert** den Grundsatzcharakter des Beschlussvorschlages in Bezug auf die notwendige Offenheit. Es sei erst die Motivlage des Landkreises zum Ausdruck zu bringen, um überhaupt in Verhandlungen mit der Stadt Aurich treten zu können.

Abgeordneter Meyerholz beantragte, zur Konkretisierung der Vorlage den zweiten Absatz des Beschlussvorschlages vor den ersten zu stellen.



Nach allgemeiner Diskussion wird auf Vorschlag von **Herrn Hülsebus** der Beschlussvorschlag durch die **Mitglieder des Jugendhilfeausschusses** abgeändert und die geänderte Fassung durch den Vorsitzenden zur Abstimmung gestellt. Der Änderungsantrag von **Abgeordneten Meyerholz** wurde durch die Beschlussfassung als erledigt angesehen.

Der Landkreis Aurich ist grundsätzlich interessiert, sich durch Verlagerung des Regionalteams Mitte des Amtes für Kinder, Jugend und Familie an dem von der Stadt Aurich geplanten Familienzentrum zu beteiligen.

Insoweit sind jedoch zunächst die Rahmenbedingungen zu klären. Dazu wird die Verwaltung beauftragt, Verhandlungen mit der Stadt Aurich, insbesondere zum Finanzierungsanteil des Landkreises, zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 3 Enthaltungen: 2
➔ **mehrheitlich nach Änderung des Beschlussvorschlages beschlossen**

TOP 8 Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes: Qualitätsmanagement und institutionelle Fachberatung im Rahmen des § 8a SGB VIII
Vorlage: VIII/2012/194

KOAR Wunsch erläuterte anhand der Vorlage die Aufgaben nach dem Bundeskinderschutzgesetz sowie die erforderlichen zusätzlichen Personalstellen.

Auf Nachfrage von **Herrn Molitor** und **Abgeordneten Meyerholz** entgegnete **KOAR Wunsch**, dass die Stellen von der Qualifikation her für Sozialpädagogen auszuschreiben seien. Hinsichtlich der Bewertung der Stellen ergäben sich keine Spielräume, da es sich um hoch qualifizierte Fachkräfte handele. Angesichts der Beschlussfassung zur Umsetzung einer bundesgesetzlichen Pflichtaufgabe gebe es auch zur der Aufstockung des Personals an sich keine Alternative.

Zur Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle einer Fachkraft für Institutionsberatung bei Kindeswohlgefährdung sowie einer Stelle zur Qualitätsentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe öffentlich ausgeschrieben.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 9 Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

KOAR Wunsch wies die Ausschussmitglieder auf eine Anfrage der Fraktion der Freien Wähler zur Personalausstattung des Amtes für Kinder, Jugend und Familie hin. Die An-

frage wurde zwischenzeitlich im Personalausschuss beantwort. Das in diesem Zusammenhang erstellte Handout werde dem Protokoll zur Kenntnis des Ausschusses beigefügt.

Herr Molitor bat, in einer der nächsten Ausschusssitzungen die Förderrichtlinien für Jugendarbeit auf die Tagesordnung zu setzen.

TOP 10 Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende bedankte sich bei den Anwesenden für die rege Beteiligung und schloss sodann um 17:27 Uhr die 4. Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

gez. Sascha Pickel
Sascha Pickel
Vorsitzende/r

gez. Thomas Buss
Thomas Buss
Protokollführer/in